

Thomas Mücke

Deradikalisierung junger Menschen – Thesen

1. Problembeschreibung

Die Besonderheit des Phänomens politisch motivierter Gewalt liegt u.a. darin, dass sie „altruistisch“ motiviert ist. Täter – gleich welcher ideologischen Ausrichtung – sehen sich selbst als Heroen, was eine gewisse Resistenz gegenüber Präventionsmaßnahmen verursacht. Politisch motivierte Gewalt ist aus der Eigensicht der Täter Gewalt *für* die Gemeinschaft. Für die Präventionsarbeit ist es von besonderer Relevanz, zu zeigen, dass sich Radikalisierung auf drei Ebenen vollzieht:

Die **Makroebene** beschreibt die Phase, in der sich in der Neuzeit „imaginierte Gemeinschaften“ (z. B. Nationen) bilden. Die Zugehörigkeit ist zunächst nicht radikal. Im Kontext von Konfliktkonstellationen kann es aber zu Parteienbildung entlang eines Freund-Feind-Schemas kommen, das nicht selten über Betroffenheitsrhetorik“ mobilisiert („chosen traumas“ und „chosen glories“ der Gemeinschaft).

Die Konflikte der Makroebene schlagen sich sodann auf die **Mikroebene** des Individuums nieder und führen zur Parteinahme für die Gemeinschaft. Die Bedrohung als wahrgenommener Konflikt der Gemeinschaft wird auf Ebene der individuellen Bedeutung überhöht. Andere identitätsrelevante Merkmale werden demgegenüber zurückgestellt. Individuelle Vorbedingungen und Erfahrungen wie Kindheitstraumata können (müssen aber nicht) Radikalisierungsprozesse befördern. So können auch bei Menschen ohne Trauma bspw. Vorstellungen von „Herrschaft über Leben und Tod“ oder „Insignien der Macht“ radikalisierungsfördernd wirken.

Zwischen Makro- und Mikroebene bildet sich die **Mesebene** politischer Kampfbünde heraus, die den Sinn der Zugehörigkeit zu den größeren Gemeinschaften aktualisieren. Liebe und Fürsorge in der Gemeinschaft gehen einher mit Hass und Gewalt gegen Feinde. Vor allem durch die initiierte „Feindberührung“ wird der Übergang vom Individuum zur idealisierten Gemeinschaft bzw. aus „entfremdeter“ Vergangenheit in „authentische“ Zukunft gefeiert.

Radikalisierungsverläufe bieten kein einheitliches Bild. Doch zumeist lässt sich eine Bruchlinie im persönlichen Leben dieser jungen Menschen finden. Autoritäre und gewaltbefürwortende Erziehungsformen, konfliktbeladene Familienverhältnisse und/oder erlebte Diskriminierungserfahrungen können u.a. Risikofaktoren darstellen. Soziale und familiäre Enttäuschungserfahrungen und geringe Akzeptanzgefühle führen zu einer erschwerten Identitätsbildung bei Jugendlichen. Bei Fehlen einer eigenständigen Identität besteht die Gefahr der „Radikalisierung von Restidentitäten“. Bei diesem Phänomen greifen Menschen zumeist ohne religiöse Bildung auf ihre religiösen Wurzeln zurück. Dies kann dazu führen, dass junge Menschen sich extremistische und traditionalistische Einstellungen zu Eigen machen und sich bei ihnen demokratieablehnende und gewaltbefürwortende Einstellungen entwickeln. Manchmal öffnet sich die Tür zum Extremismus, zumeist durch eine alterstypische Orientierungssuche und die letztlich zufällige Gelegenheit, mit Szeneangehörigen in Kontakt zu kommen.

Alle Extremisten wollen die Gesellschaft spalten und so letztlich die Demokratie abschaffen. Rechtsextremisten und religiös begründete Extremisten brauchen sich gegenseitig, um zusätzliche Anhänger zu gewinnen. Islamisten haben das Ziel, dass die Islamfeindlichkeit in der Gesellschaft wächst. Sie erhoffen sich dadurch, dass Muslime in dieser Gesellschaft diskriminiert werden und sich ihrer radikalen Sache anschließen.

Denn Islamisten haben zwei Feindbilder. Einerseits der dekadente „ungläubige“ Westen als „äußerer Feind“ und andererseits der „innere Feind“ – diejenigen Muslime, die den Islam als Religion verstehen und problemlos in einer vielfältigen Gesellschaft leben. Auch Rechtsextremisten wollen keine vielfältige Gesellschaft. Sie nutzen die Ängste und Verunsicherungen der Bürger, um ihre völkischen und demokratiefeindlichen Haltungen in die gesellschaftliche Mitte zu tragen. Durch stetige Propaganda, Provokationen und Eskalationen greifen sie die Demokratie an. Islamophobie, fehlende Differenzierungen zwischen Religion, Extremismus und Traditionalismus erschweren den Weg des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Herausforderung ist, den Polarisierungsversuchen der Rechtsextremisten und jener, die ihre extremistischen Einstellungen religiös begründen, entgegenzuwirken. Die Aktivitäten beider extremistischer Szenen sind sehr hoch. Die Anzahl rechts-extremistischer Gewalttaten ist bspw. besorgniserregend gestiegen. 13 Sprengstoffanschläge und 95 Brandstiftungen fanden 2015 gegen Geflüchtetenunterkünfte statt. Gegenüber Geflüchteten wurden mehr als 1000 Straftaten verübt. Auch das Auftreten von PEGIDA und ihren Ablegern sowie das Erstarken rechtspopulistischer Parteien zeigen, dass sich ein Teil der gesellschaftlichen Mitte immer weniger mit demokratischen Werten identifiziert. Daher darf die Konfliktdynamik zwischen den Extremismusphänomenen nicht vernachlässigt werden. Die Merkmale dieser Phänomene sind:

- Abwertung anderer Religionen, Weltanschauungen und Lebensorientierungen,
- Ablehnung der Religionsfreiheit, der Menschen- und Grundrechte, der Demokratie sowie
- Unterscheidung zwischen „wertem“ und „unwertem“ Leben, zwischen „Gläubigen“ und „Nichtgläubigen“.

Extremisten bestimmen, wer zu ihrer Gesellschaft gehören darf und wer nicht. Bei den Rechtsextremisten wird die Trennlinie rassistisch begründet, bei den extremistischen Salafisten mit der Frage der Gläubigkeit. Beide wollen eine homogene Gesellschaft. Wer anders ist, hat kein Existenzrecht. Solche Ideologien lassen sich nur mit Diktatur und Gewalt aufrechterhalten, weil die Vielfältigkeit des Menschseins verneint wird.

Die Präventionsarbeit in den vergangenen 25 Jahren wurde oft nur modellcharakterhaft gefördert. So ging angesammeltes Know-How wieder verloren, da keine Überführung in Regelfinanzierung stattgefunden hat.

Die Wahrnehmung von Radikalisierung vorrangig als sicherheitspolitisches Problem hat dazu geführt, dass pädagogische, soziologische und psychologische Kenntnisse verlorengegangen sind bzw. nur schwachen Einzug in feste Strukturen und Angebote gefunden haben.

Weitere Hindernisse für die Entwicklung der Präventionsarbeit sind die teils schwierigen Rollenverteilungen von staatlichen Akteuren, wie bspw. dem Verfassungsschutz sowie die Konkurrenzen zwischen verschiedenen nicht-staatlichen Akteuren. Eine Verbesserung der Kooperation zwischen verschiedenen staatlichen und nichtstaatlichen Stellen – zumindest auf der Arbeitsebene – ist allerdings festzustellen.

2. Arbeitsbezogene Bedarfe

Zentrale Diskussionspunkte sind:

1. Vor- und Nachteile staatlicher sowie nichtstaatlicher Akteure der Ausstiegs- bzw. Deradikalisierungsarbeit und

2. die Messbarkeit „gelungener“ Ausstiegs- bzw. Deradikalisierungsarbeit sowie Indikatoren hinsichtlich des Phänomens „salafistischer Extremismus“.

Bezüglich des ersten Aspekts kann festgehalten werden, dass nicht grundsätzlich beantwortet werden kann, ob staatliche oder nicht-staatliche Träger für die Ausstiegsarbeit („besser“) geeignet sind. Vielmehr hängen die Beurteilung des besten Angebotes und das Herstellen einer Vertrauensbasis zwischen betroffener Person und Träger vom jeweiligen Einzelfall ab. Hierbei können verschiedene Faktoren (Beratungsdesign, Schutz der Person etc.) maßgeblich sein. Letztlich stellt sich nicht die Frage, wer das „Richtige“ anbietet, sondern, welches Angebot die Bedarfe der jeweiligen Person am besten bedienen kann. Eine Vielfalt von Angeboten ist daher wünschenswert.

Hinsichtlich des zweiten Themenaspekts zeichnet sich die Schwierigkeit ab, Deradikalisierung messbar zu machen. Während die Feststellung, dass eine Person radikal ist, durchaus getroffen werden kann, fehlt es an genauen Indikatoren dafür, wo Radikalität beginnt, wann Deradikalisierung stattfindet und wann sie erfolgreich (nachhaltig) abgeschlossen ist.

Es ist notwendig, den inhaltlichen und strukturellen Austausch zwischen NGOs und staatlichen Programmen zu stärken, um voneinander lernen und die auf die Zielgruppen und deren Bedarfe ausgerichteten Angebote (weiter-)entwickeln zu können. Hierbei ist auch ein voranschreitender Austausch mit Deradikalisierungs- und Aussteigerprogrammen aus dem Bereich Rechtsextremismus sinnvoll. Ziel muss zudem sein, einen möglichst umfassenden Überblick über die derzeit bestehenden Angebote zu schaffen.

3. Forderungen

Anzumerken ist – gleichsam für Akteure der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit sowie Politik –, dass Präventionsarbeit und Deradikalisierung keine Allheilmittel sind. Etliche Rahmenbedingungen, die Radikalisierungsdynamiken von Individuen, Gruppen und Gesellschaften ad hoc antreiben, können die Präventionsakteure schlicht nicht beeinflussen. Dazu zählen bspw. globale politische Entwicklungen oder herausragende Ereignisse wie Terroranschläge.

Für eine nachhaltige Präventionsarbeit gilt:

- Die Extremismusprävention wird auf Länderebene in Form von Landesprogrammen und ressortübergreifender Fachkoordination implementiert.
- Die Länder führen eine Regelfinanzierung ein (finanzschwache Länder werden durch zusätzliche Bundesmittel unterstützt; Koordination bleibt aber Landessache).
- Die 16 zu bildenden Länderkoordinationen (sofern nicht bereits vorhanden) tauschen sich mit dem Bund und untereinander aus.
- Der Vernetzungsgedanke in der Präventionsarbeit wird auch auf die Ebene der Kommunen übertragen und dort verankert.
- Die einzelnen Länder- und Bundesressorts schreiben die ressortübergreifende Prävention von unterschiedlichen Formen des Extremismus fest.
- Die wissenschaftliche Beschäftigung mit (De-)Radikalisierungsverläufen wird intensiviert und interdisziplinär ausgerichtet. Evaluation und Qualitätssicherung werden gestärkt.

- Die Vielfalt der Präventions- und Deradikalisierungsangebote von NGOs und staatlichen Angeboten wird gefördert und finanziell abgesichert.